

Strahlende Exporte und andere "Geister des Teufels"

Seit Jahrzehnten baut Taiwan immer neue Atomkraftwerke, aber niemand weiß, wohin mit dem Nuklearmüll

Wie eine grüne Oase liegt "Lanyu" (die Orchideeninsel), umgeben von smaragdblauem Meer vor der Küste Taiwans. In einem Bogen schwenkt das zweimotorige Flugzeug über tropische Wälder, bizarre Felsformationen tauchen auf. Kurz nach der Landung auf einer holprigen Piste zeigt sich, daß der Schein trügt. "Abstellplatz" heißt es auf einem Schild nicht weit vom Flugplatz. Dahinter, abgeschirmt durch Betonmauern und Stacheldraht, lagert ein tödliches Erbe - und Taiwans derzeit wohl größtes Problem: 97 672 Fässer mit radioaktivem Müll.

Seit eineinhalb Jahrzehnten wird hier, im Gebiet der Yami-Ureinwohner fernab von Taiwans Millionenstädten, der nukleare Abfall des Inselstaates aufbewahrt. Für Taiwans mächtige Atomlobby schienen damit lange Zeit alle Probleme gelöst: Während auf Taiwan immer neue Atomkraftwerke gebaut wurden, schickte man die gefährlichen Überreste säuberlich in gelbe Tonnen verpackt nach Lanyu. Das aufstrebende Industrieland brauchte billigen Strom, der Protest der Yami interessierte niemand - bis vor vier Jahren. Als 1995 hundert Yami-Männer, viele nur mit Lendenschurz bekleidet und mit Speeren in der Hand, in den Hafen marschierten, schmunzelten die Atommanager des taiwanesischen Elektrokonzerns Taipower noch. Mittlerweile ist ihnen das Lachen vergangen: Auf Regierungsbeschluß müssen die verseuchten Fässer in spätestens drei Jahren aus Lanyu verschwinden. Taiwan steht vor einem Problem, das mittlerweile ganz Asien beschäftigt: Wohin mit dem Strahlenmüll?

"Wir wollen das Gift nicht mehr auf unserer Insel haben, weg damit", sagt Syapen, während er mit nacktem Oberkörper am Dorfrand von Yeyocun Steine für sein Haus schleppt. Wie alle 2000 auf Lanyu lebenden Yami unterscheidet er sich nicht nur durch seine dunkle Haut und die runden Augen von den Chinesen auf Taiwan. "Die Regierung sagt, das Zeug sei völlig harmlos. Warum lagern sie es dann nicht bei sich auf Taiwan?", schimpft der Fischer. Es hat lange gedauert, bis die Yami offen ihren Unmut äußern durften. Als 1982 die ersten Nuklearfässer eingeschifft wurden, herrschte in Taiwan noch Militärrecht. Den Müll zu den Yami abzuschieben, schien unter dem Kuomintang-Regime als bequemste Lösung. "Unser Landrat war damals Analphabet", sagt eine Yami-Frau. Nichtsahnend hätten viele Männer beim Bau geholfen. "Erst später wurde uns klar, daß wir ausgetrickt wurden. Und sie fügt flüsternd hinzu: "In dem Nuklearmüll wohnen die Geister des Teufels."

Am anderen Ende der Insel, im klimatisierten Büro des "Lanyu Abstellplatzes", schmunzelt Chefsingenieur Cheng über diese Vorwürfe. Teuflische Geister habe er in den grün gestrichenen Betonsärgen nicht eingelagert. In Lanyu würden nur niedrig belastete Nuklearabfälle "wie Handschuhe oder ein bißchen Asche" aufbewahrt. Die hochgefährlichen Brennstäbe würden in den Kraftwerken verbleiben. "Die Yami-Leute sind nicht gebildet, sie verstehen es nicht", sagt Cheng und schüttelt den Kopf. Damit der Besucher wenigstens alles versteht, hat er einen hübschen Videofilm vorbereitet, der Arbeiter in peinlich sauberen Blaumännern beim Ausladen von harmlos aussehenden Fässern in Lanyu zeigt. Dann zählt Cheng auf: ein Krankenhaus, ein Freizeitzentrum "und sogar Karaoke-Anlagen für die Familien" hätte Taipower den Yami geschenkt. Wissenschaftliche Tests hätten außerdem gezeigt, daß keine Gefahren für die Menschen bestünden. Den Yami, die Jahrhunderte vor den Chinesen vermutlich aus Borneo nach Taiwan kamen, geht es um Gerechtigkeit. "Warum sollen wir den Müll der Chinesen bei uns dulden?", schimpft der junge Rapongan. Den Beschwörungen der Regierung und der Stromkonzerne glauben die Yami nicht mehr. Vor zwei Jahren gelang es einem Greenpeace-Team, heimlich durch ein Bewässerungsrohr in das Nuklearlager einzudringen. "In Lanyu werden nicht nur niedrig radioaktive Abfälle gelagert", lautete das Ergebnis des britischen Experten, John Large. Unter dem Druck der Umweltschützer mußte Taipower eingestehen, daß auf der Insel zwar keine Brennstäbe, doch aber auch mittelschwer verseuchte Abfälle untergebracht sind. Um weiteren Protesten vorzubeugen, versprach der Stromkonzern bis zum Jahr 2002 ein neues Endlager.

Wohin mit dem Giftmüll? Seit Jahrzehnten haben Schwellen- und Entwicklungsländer unterstützt durch westliche Großkonzerne Atomkraftwerke gebaut. Die Frage der Endlager verschob man auf eine ungewisse Zukunft. Dabei waren in Taiwan die Schwierigkeiten von Anfang an bekannt: 22 Millionen Menschen drängen sich auf einer Fläche, die gerade so groß wie Baden-Württemberg ist. Große Teile der Insel sind Gebirge. Für ein Endlager mit ausreichend Abstand zu besiedelten Gebieten fehlt der Platz. Daran ließ sich auch mit viel Geld nichts ändern: Drei Milliarden Taiwan Dollar (170 Millionen Mark) bot Taipower Gemeinden als Entschädigung, wenn sie bereit seien, ein Endlager zu dulden. An mehr als ein Dutzend Standorten wurden Voruntersuchungen gemacht - vergebens. Mal war der Protest der örtlichen

Bevölkerung zu stark, öfter jedoch sprachen Sicherheitsbedenken dagegen. "Wir haben alle Möglichkeiten in Erwägung gezogen - auf Taiwan scheint ein Endlager nicht mehr möglich", sagt Michael Lin, der für Nuklearmüll verantwortliche Manager bei Taipower. Die Zeit drängt: 20 Prozent des Stroms gewinnt Taiwan aus der Kernspaltung, jedes Jahr fallen in den drei Atomkraftwerken zweitausend neue Fässer mit leichtem und mittlerem Nuklearmüll an. Der Platz in den Atommeilern, in denen auch die Brennstäbe lagern, droht knapp zu werden.

Unter dem wachsenden Druck der Bevölkerung versucht man, den Müll ins Ausland zu verschiffen. Nachdem Vorgespräche mit Rußland scheiterten, unterzeichnete Taipower 1997 ausgerechnet einen Vertrag mit dem stalinistischen Regime in Nordkorea. Umgerechnet 400 Millionen Mark sollte das unter einer Hungersnot leidende Land für Lagerung des Nuklearmülls erhalten. Sicherheitsbedenken schob man beiseite: Nordkorea habe nicht nur "Erfahrung im Betrieb von kleinen Atomkraftwerken, es hat auch die Gesetze und Bestimmungen für die notwendigen Sicherheitskontrollen", heißt es im Vertragstext. Experten und Regierungen der Nachbarländer schlugen Alarm: Nordkorea stehe kurz vor dem Kollaps, eine Kontrolle sei in dem isolierten Land nicht möglich. Der Hongkong-Direktor von Greenpeace, Ho Wai-chi, befürchtet gar ein Sicherheitsrisiko für ganz Asien: "Es darf nicht sein, daß Entwicklungsländer gefährlichen Atommüll aufnehmen - nur um dafür Bargeld zu kassieren."

An seinen strahlenden Exportplänen will Taiwan trotzdem festhalten. Um die lästigen Fässer loszuwerden, erwog man sogar ein Angebot der kommunistischen Erzfeinde in der Volksrepublik China, das jedoch am politischen Widerstand scheiterte. Im vergangenen November nahm Taiwans Regierung diplomatische Beziehungen mit den Marshallinseln auf. Auf deren Bikiniatoll im Südpazifik hatten einst die USA ihre Atomtests durchgeführt. In Geheimverhandlungen versucht Taipeh die Giffässer nun dorthin zu verschiffen. Das Problem, stöhnt Atommanager Lin, sei "ziemlich kompliziert". Pjöngjang droht plötzlich mit Klage, falls der Vertrag mit Taipower platzen sollte. Ein kurioser Fall: Erstmals will ein Land dafür klagen, die eigene Umwelt zu verpesten.

"Taiwan muß das Problem des Atommülls selbst im Land lösen", fordert Georg Cheng von der "Taiwan Umweltschutzunion". Seit Jahren organisiert der 50jährige Taiwans mächtige Anti-Atombewegung mit. Das Problem liege nicht in den Fässern. "Wir würden Taipower bei der Suche nach einem lokalen Standpunkt für ein Endlager unterstützen", sagt Cheng. Als Bedingung müßte sich Taiwan jedoch wie Deutschland zu einer schrittweisen Abkehr vom Atomstrom entschließen. "Wie können wir Atomkraftwerke haben, wenn wir nicht wissen, wohin mit dem Müll?" Taiwans Regierung hält von solchen Plänen nichts: Aller Proteste zum Trotz beschloß die oberste Nuklearaufsicht nun, mit dem Bau eines vierten Atomreaktors "zügig fortzufahren".

[dokument info]

Copyright © Frankfurter Rundschau 1999

Erscheinungsdatum 04.05.1999